

# Nicht schwarz, nicht weiß

## Die Beschäftigung mit Duterte ist zugleich eine Beschäftigung mit uns selbst

von  
**Carmel Abao**  
Übersetzung:  
Jonas Werdes

Kein philippinischer Präsident hat je so viel Zustimmung bekommen wie Duterte. Einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts Pulse Asia im Juli 2016 zufolge vertrauen ihm 91 Prozent der Filipin@s. »Praktisch niemand entzieht ihm sein Vertrauen (0,2 Prozent) – und die restlichen acht Prozent können nicht sagen, ob sie ihm Vertrauen oder nicht«, so Pulse Asia. Unter den Bessergestellten sind es sogar 92 Prozent, die ihm vertrauen, ganz so wie Duterte auch unter ihnen prozentual etwas mehr Stimmen erhalten konnte als unter den Armen.

Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts SWS zufolge erwarten wiederum 63 Prozent dass er, »wenn auch nicht alle, so zumindest die meisten« seiner Wahlversprechen erfüllen werde. 22 Prozent sagen, dass Duterte »alle oder fast alle« Versprechen erfüllen werde und 41 Prozent sagen, er könne »die meisten« seiner Wahlversprechen erfüllen. Michael Tan, der stets kühl und präzise die kulturellen Dimensionen der Tagespolitik beleuchtet, gelobt in seiner Kolumne vom 27. Juli im *Philippine Daily Inquirer* daher: »Ich werde meine Meinung überdenken, ich kann – ich möchte – Tatang Digong, wie ihn nun immer mehr Filipinos nennen, vertrauen«.

In Europa scheint Duterte auf die rasant angestiegenen außergerichtlichen Hinrichtungen von mutmaßlichen Drogenhändlern und -abhängigen reduziert zu werden – und wird daher als Teufel in Person dargestellt. Fast jeden Tag sind zehn neue Opfer in

dem von Duterte ausgerufenen »Krieg gegen Drogen« zu verzeichnen und ein Ende ist nicht abzusehen. In der Tat stößt dieser »Krieg« auf breite Zustimmung, während die kritischen Stimmen wenige sind. Auch mit anderen Mitteln gelingt es Duterte, die Filipin@s nahezu einstimmig hinter sich zu bringen. Dazu gehört sein anti-elitärer Stil, der allem Brimborium um seine Person und sein Amt ein Ende bereiten möchte, dazu gehört auch, dass er dem Volk aufs Maul schaut (und ihm auch manchmal nach dem Mund redet).

Gerade unter den Linken begeistert Duterte mit seinen bergbaukritischen Äußerungen und damit, dass er den langjährigen Vorsitzenden der radikalen Bauernorganisation KMP zum Agrarreformminister gemacht hat, sowie mit seinem Versprechen, der weit verbreiteten Befristung von Arbeitsverhältnissen ein Ende zu bereiten.

Neben der kleinen Schar der Menschenrechtsorganisationen ist es nur die undogmatische Linke, die kritisch bleibt. Während ein großer Teil der Linken ganz ähnlich wie Michael Tan Duterte den »benefit of the doubt« gibt, zweifeln nur einige daran, dass er wirklich die radikale Erneuerung (*pagbabago*) bewirken kann, die er dem Land versprochen hat.

Carmel Abaos Artikel ist einer der wenigen, die versucht, das Phänomen Duterte zu begreifen und einer Schwarz-Weiß-Malerei zu entgehen. Die Redaktion.

Die Autorin ist Professorin für Politikwissenschaften an der Ateneo de Manila University. Der Artikel ist am 16. Juli 2016 auf *Rappeller.com* erschienen. Er wurde von der Redaktion in Absprache mit der Autorin leicht aktualisiert und ergänzt.



Zuschauen und Abwarten reicht nicht: Schaulustige am Tatort einer außergerichtlichen Hinrichtung  
Foto: Noel Celis, 2016.

Man kann nicht einfach »für« oder »gegen« Duterte sein. Ganz wie Duterte es in seinem Wahlslogan versprochen hat, »die Veränderung kommt (*change is coming*)«, dennoch müssen wir fragen: Wird die Veränderung von unten nach oben (*bottom up*) oder von oben nach unten (*top down*) vollzogen? Wird die Veränderung dadurch kommen, dass Duterte seine Wahlversprechen erfüllt oder wird sie erkämpft werden müssen? Wird ein solcher Kampf (*struggle*) unter Duterte überhaupt möglich sein?

Die meisten Beobachter der Politik, insbesondere Politikwissenschaftler/innen wie ich, fokussieren sich bei der Einschätzung der politischen Umstände auf die politischen Bündnisse, die sich formieren. Wir betrachten politische Entwicklungen, unter anderem indem wir schauen, welche Gegner die Regierung hat und welche Verbündete.

Wir neigen dazu anzunehmen, dass regieren heißt, sich zunächst gegenüber denen erkenntlich zu zeigen, die einen im Wahlkampf unterstützt haben (insbesondere gegenüber den finanziellen Unterstützern) und sich an den Wahlgegnern zu rächen. Wir verstehen das Regieren als »payback«, als Rückzahlung an die Unterstützer und als Heimzahlen (nämlich den Gegnern). Als »*weather-weather lang yan*« (jetzt sind wir an der Reihe) und als »*the winner takes all*«, alles oder nichts.

Es fällt leicht, jene zu identifizieren, die von der Duterte-Regierung profitieren, und jene, die an ihr nicht teilhaben werden.

Auf dem Abstellgleis stehen die Liberal Party [LP] (was unter anderem daran liegt, dass sich die Anhänger der LP, die sogenannte »Yellow Crowd« nach den Wahlen schnell in alle Winde verstreuten, insbesondere die Elite der Bewegung, und sich viele von ihnen Duterte angeschlossen haben), die Binay-Dynastie, die privaten Medien wie auch ranghohe katholische Geistliche (Duterte hat allerdings nach wie vor Verbündete unter den katholischen Geistlichen in Mindanao).

Die Gewinner sind: Dutertes Partei, die PDP-Laban, die mit ihr verbündeten Nationalista Party (NP) und Nationalist People's Coalition (NPC), die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Provinzen, die CPP-NPA-NDF (einschließlich des MAKABAYAN-Blocks, das Bündnis der orthodox- maoistischen Parteigruppen im Parlament), die staatlichen Medien, die sozialen Netzwerke, die in Mindanao lebenden Muslime, einige nicht-katholische Gruppierungen (z. B. Quiboloy) und selbstverständlich Dutertes Heimatstadt Davao.

Es ist essentiell, Verbündete und Gegner zu identifizieren, denn ob es zu Kompromissen und zu Konflikten kommt, ist weitestgehend von der Dynamik der politischen Akteure abhängig. Unter den aktuellen Umständen kann eine solche Untersuchung über das Ausmaß an Unterstützung Aufschluss geben, das Duterte für seine Regierung generieren kann.

Allerdings ist es auch notwendig, die neu entstehenden politischen Räume zu betrachten, denn die politischen Kräfte, die in solchen Räumen entstehen, können die traditionellen politischen Bündnisse übersteigen.

Nicht alles, was in der Politik geschieht, passiert allein durch das Handeln der (formellen) Machthaber. Veränderung geschieht nicht allein durch Handlungen der politischen Kaste, sondern auch durch organisierte sowie unorganisierte soziale Kräfte, die die politische Kaste unterstützen oder sie herausfordern. Nathan Quimpo, ein philippinischer Politikwissenschaftler, nennt dies »umkämpfte Demokratie (*contested democracy*)«.

Die neue Regierung ist erst einen Monat im Amt, doch sie lässt bereits eine positive Absicht erkennen, ihr Wahlkampfversprechen, Veränderung (*pagbabago*) herbeizuführen, auch umzusetzen. Wie ich finde, nimmt die versprochene Veränderung die Form von neuen politischen Räumen an, in denen neue und alte politische Akteure – und vielleicht sogar normale Bürger wie wir – sich begegnen. Diese Räume sind neu, nicht weil sie noch nie geöffnet wurden, sondern weil sie zum ersten Mal legitimiert wurden und zwar durch niemanden anders als den Präsidenten.

### Neue anti-elitäre Räume

Duterte hat als Präsident die folgenden politischen Räume geöffnet (1) Kriminalitätsbekämpfung, (2) Frieden mit der Linken, (3) Föderalismus und Verfassungsreform, (4) Bergbaukritik und Kritik am Kohlektor, (5) Kritik an der Befristung von Arbeitsverhältnissen und (6) US-kritische Positionen. Die meisten dieser Räume repräsentieren anti-elitäre Agenden und als solche verkörpern sie neue und vielversprechende, wenn auch sehr umstrittene, diskursive Arenen.

*Kriminalitätsbekämpfung*: Kein Präsident nach Marcos hat die Bekämpfung von Kriminalität, besonders die Bekämpfung von Drogenkriminalität, zum Fokus seines Regierungsprogramms gemacht. Der ehemalige Präsident Joseph Estrada hat zwar eine Sondereinheit gegen organisierte Kriminalität geschaffen, machte die Bekämpfung von Kriminalität jedoch nicht zum Hauptanliegen seiner Präsidentschaft. Es ist verständlich, dass Duterte dies tut – in Anbetracht dessen, dass er mehr als 20 Jahre Bürgermeister von Davao war. Die öffentliche Sicherheit ist oftmals das wichtigste Thema eines lokalen Amtsinhabers, denn die lokale Bevölkerung erwartet von ihrer Kommunalregierung, Sicherheit zu gewähren.

Die Bekämpfung der Kriminalität ist auch anti-elitär in dem Sinne, dass sie kein wichtiges Anliegen der Elite ist. Die Eliten leben in bewachten Wohnanlagen, haben Leibwächter und Chauffeure und können leicht für ihre eigene Sicherheit und die ihrer Familie sorgen. Mitglieder der Mittelschicht und einkommensär-

mere Schichten dagegen können sich solche private Sicherheitsmaßnahmen nicht leisten und sind demnach darauf angewiesen, dass der Staat ihnen Sicherheit gewährt.

Die Mittelschicht und die einkommensärmeren Schichten sehnen sich nach einem Ende der Kriminalität, da sie oft die Leidtragenden krimineller Handlungen sind. Sie lehnen Diebstahl ab, denn sie können es sich nicht leisten, auf einen ihrer wenigen Wertgegenstände zu verzichten. Für sie ist es ein schmerzlicher Verlust, das Handy oder gar das Motorrad zu verlieren. Sie lehnen Drogen ab, denn sie können es sich nicht leisten, ihr Leben oder das Leben ihrer Kinder durch Drogenabhängigkeit zu ruinieren. Was die Mittelschicht und einkommensärmere Schichten wollen, ist »in Ruhe gelassen zu werden«, so dass sie ihren Alltag bestreiten können. Allein gelassen zu werden, bedeutet auch, sich nicht darüber sorgen zu müssen, Opfer von Kriminellen zu werden.

Bedauerlicherweise verliert die Anti-Drogen Kampagne der Regierung Duterte bei der Umsetzung ihren anti-elitären Charakter. Die mutmaßlichen Drogenkonsument/innen und Verkäufer/innen, die bisher im Laufe der Kampagne getötet wurden, kamen aus einem armen Umfeld. (Ein Beweis dafür sind die vielen Bestattungsunternehmen, die sich darüber beschwerten, in vielen Fällen auf den Kosten der Beerdigungen sitzen zu bleiben, da die meisten ihrer »Kunden« Opfer der Anti-Drogen Kampagne sind.

Die Familien der Opfer fordern angeblich nicht die Körper ihrer Angehörigen ein, weil sie eine Beerdigung nicht bezahlen könnten.) Manche angeblichen Drogenbosse und ihre Beschützer wurden verhaftet, jedoch werden die »großen Fische« offenbar nicht so brutal behandelt wie die Kleinen.

*Frieden mit der Linken:* Dieser Teil beschäftigt sich mit dem Friedensprozess zwischen der Regierung Duterte und der Linken. Das soll nicht bedeuten, dass der Raum für einen Frieden mit der MILF geschlossen wurde, aber es war nicht Duterte, der den Raum geöffnet hat, es war Aquino. Was Duterte hier anscheinend verspricht, ist das Erreichen einer Friedensvereinbarung, die die Jahrzehnte langen Kämpfe in Mindanao beenden soll.

Duterte hat zugesagt, dass er alle politischen Gefangenen als vertrauensbildende Maßnahme befreien werde. Zudem verteilte er einige Kabinetts-posten an der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) nahestehende Personen. Dies betrifft das Ministerium für Soziale Arbeit und Entwicklung (Judy Taguiwalo) und das für Agrarreform (Rafael Mariano), so wie die Anti-Armut-Kommission (Liza Masa). Weiterhin berief er eine linke (aber nicht der CPP nahestehende) Aktivistin zur Bildungsministerin (Leonor Briones, die ehemalige Präsidentin der *Freedom From Debt Coalition* und Obfrau von *Social Watch Philippines*), eine Bergbaukritikerin zur Umwelt- und Res-

sourcenministerin (Gina Lopez) und jemanden, der der Linken nahe steht, zum Arbeitsminister (Silvestre Bello).

Der Friedensprozess wird nur erfolgreich sein, wenn die Regierung Duterte einwilligt, die Wurzel des Aufstandes anzugehen und die CPP-NPA-NDF einwilligt, den bewaffneten Kampf einzustellen.

Dass Präsident Duterte den Raum für die Linke geöffnet hat, ist zudem ein weiteres Zeichen für seine anti-elitäre Agenda.

*Föderalismus:* Die Verfassungsreform ist ein politischer Raum, der seit der Präsidentschaft von Fidel Ramos offen steht. Duterte nun hat die Einführung föderaler Strukturen zum Hauptgrund gemacht, warum er die Verfassung ändern lassen möchte. Dass der Präsident sich zu Beginn der Legislaturperiode – und nicht zu einem späteren Zeitpunkt oder gar erst am Ende seiner Amtszeit – für den Föderalismus ins Zeug legt, signalisiert, dass er es mit der Reform ernst meint.

Föderalismus richtet sich nicht per se gegen die Elite. Er richtet sich lediglich gegen einen Typ der Elite: die nationale Elite. In einem unitären System erteilt die Bevölkerung nur der zentralen Regierung die Macht zu regieren. Im Föderalismus werden zwei Autoritäten Macht gewährt: der zentralen (Bundes-) Regierung und den (Bundes-) Ländern.

Mit einem Wechsel zum föderalen System könnten die regionalen Eliten gestärkt werden, während die nationalen Eliten geschwächt werden. Dies liegt an dem gesteigerten Einfluss der Länder auf Kosten der Handlungsfreiheit der zentralen Regierung, die bislang den Provinzen vorschreiben kann, was sie zu tun und zu lassen haben.

Dies ist eine Debatte, die wir – die Öffentlichkeit – führen müssen: Wie wird aus der Föderalismus-agenda eine echte anti-elitäre Agenda anstatt ein einfacher Transfer von Macht von den nationalen Eliten zu den regionalen Eliten? Wie stellen wir sicher, dass der Wechsel zum Föderalismus alte Probleme löst und keine neuen kreiert?

*Bergbaukritik und Kritik am Kohleabbau:* Dieser Raum wurde bereits unter Ramos geöffnet, als sich die Debatten um Bergbau, um Kohleabbau und das Verbot, Holz einzuschlagen, intensivierten. Die Berufung einer Kohle- und Bergbaueegnerin zur Umweltministerin signalisiert eine weitere Öffnung dieses Raumes. Es beweist zudem, dass die Duterte-Regierung bereit ist, den Großunternehmen die Stirn zu bieten.

Die kohle- und bergbaukritischen Kampagnen zeugen von einer anti-elitären Agenda, denn es sind die Eliten, denen die Kohle- und Bergbauunternehmen gehören. Nun entsteht ein Raum, um diese Großunternehmen zum Vorteil des Umweltschutzes zu reglementieren. Außerdem haben nun Umweltgruppen Raum, um ihre Forderungen zu artikulieren und Reformen hervorzubringen, die für den Umweltschutz notwendig sind.

*Kritik an der Zeitarbeit:* Wie in der kohle- und bergbaukritischen Agenda schränkt dieser Punkt die Eliten ein, während die Arbeiter/innen davon profitieren dürften. Der Unterschied ist, dass befristete Arbeitsverhältnisse nicht nur in großen, sondern auch in kleinen Unternehmen verbreitet sind. Daher ist der potentielle Widerstand möglicherweise verstreuter und verbreiteter als der Widerstand gegen die kohle- und bergbaukritische Kampagne. Darüber hinaus bedarf es zum Erreichen dieser Agenda nicht nur der regulierenden Komponente (also den Missbrauch zu stoppen), sondern auch einer ermöglichenden Komponente. Kleinere Unternehmen sind auf die Unterstützung der Regierung (etwa in Form von Subventionen) angewiesen.

Dieser neue politische Raum erlaubt der Regierung und der Öffentlichkeit zu diskutieren, was die Rechte von Zeitarbeiter/innen sind und ob diese anders als andere Arbeiter/innen behandelt werden sollten.

*Positionierung gegen die USA:* Schon während des Wahlkampfes zeigte Duterte seine Aversionen gegen eine Einmischung seitens der USA in innenpolitische Angelegenheiten der Philippinen. Als der US-Botschafter der Philippinen einen Witz Dutertes auf Kosten eines Vergewaltigungsopfers kritisierte, forderte Duterte die USA auf, doch die diplomatischen Beziehungen zu den Philippinen zu kappen. Ferner erklärte er, dass er keine Unterstützung der USA im Territorialstreit mit China annehmen werde.

Duterte ist der erste Präsident, der die USA offen kritisiert. Obwohl diese offene Kritik im Bereich der internationalen Diplomatie vielleicht nicht empfehlenswert ist, signalisiert sie die mögliche Öffnung eines Raumes für eine unabhängige Außenpolitik der Philippinen.

Es bleibt abzuwarten, ob Präsident Duterte eine »unabhängige« Außenpolitik verfolgen wird. Es könnte passieren, dass es in der Außenpolitik lediglich zu einem Wechsel der Abhängigkeit von einer Großmacht (USA) zu einer anderen (China) kommen wird. Der Raum, um dies zu diskutieren, scheint offen und sollte genutzt werden.

### **Menschenrechte und Dutertes Regierungsstil**

Die neuen politischen Räume zeigen Möglichkeiten für positive Veränderungen. Wenn diese Räume maximiert werden, könnten wir sicherere Straßen und Häuser haben, regionale Entwicklung, Frieden in Mindanao, Frieden mit der Linken, reguläre statt befristete Arbeitsverhältnisse, eine nachhaltigere Umweltpolitik und eine verstärkte Landesverteidigung. Dies ist der Grund dafür, dass die Regierung Duterte von vielen als vielversprechende Alternative wahrgenommen wird (sprich als anti-elitär und tatkräftig).

Weiterhin präsentiert sich Duterte als Persönlichkeit, die seiner Regierung und seinem anti-elitären

Kurs Glaubwürdigkeit und Bestimmtheit verleiht. Einfach. Kein großes Aufheben, kein Schnick-Schnack, aber viel Fluchen.

Doch hier ist der Haken: Die versprochene Veränderung hat einen mächtigen Preis: Menschenleben. Vom 10. Mai, dem Tag nach dem Duterte zum Präsidenten gewählt wurde, bis zum 2. August wurden 771 außergerichtliche Morde gezählt. Von den Getöteten wurden 472 während Polizeieinsätzen umgebracht und 227 wurden von unbekanntem Schützen hingerichtet. Die ersten beiden Gesetzesentwürfe, die Dutertes Verbündete im Repräsentantenhaus vorlegten, betrafen einerseits die Wiedereinführung der Todesstrafe und andererseits die Senkung des Alters der Strafmündigkeit von 15 auf 9 Jahre.

Somit öffnet die Duterte-Regierung zwar neue Räume, ein vitaler Raum aber wird geschlossen, der Schutz der Menschenrechte. Die Anti-Drogen Politik Dutertes ist von einer klaren Botschaft an die Bevölkerung geprägt: Die Regierung wird für Sicherheit sorgen, aber die Bevölkerung muss der Regierung erlauben, diejenigen zu töten, die eine Gefahr für die allgemeine Sicherheit darstellen. Die Kampagne gegen die Befristung von Arbeitsverhältnissen besteht aus einem Handel mit den Gewerkschaften: Die Regierung wird die Zeitarbeit eindämmen, wenn die Gewerkschaften aufhören, radikal zu sein (Während der Kampagne hat Duterte den radikal-linken Gewerkschaftsverband KMU bedroht: »Ich werde [ausländische Investoren] ... einladen. Und ihr als KMU, haltet eure Gewerkschaft etwas unter Kontrolle. Wir sind Kameraden im Geiste. Lasst es sein. Denn ihr würdet meine Regierung zerstören. Wenn das geschieht, werde ich euch alle umbringen. Die Lösung hier heißt euch zu töten«.)

Dies charakterisiert den Regierungsstil Dutertes und seine Art der Patronage. Es ist eine neue, entschiedenere Art von Patronage. Dennoch handelt es sich immer noch um »Patronage«, denn es beinhaltet eine Beziehung zwischen zwei ungleichen Einheiten – dem mächtigen Patron und der von ihm abhängigen Klientel.

Der Stil ist neuer und individueller (zumindest seit Marcos Zeiten), denn der Austausch zwischen dem Patron (Duterte) und seinem Klientel (den Bürgern) ist sehr spezifisch und zweckgerichtet: Uneingeschränkte Macht für den Patron im Tausch für die ökonomischen Rechte und Sicherheiten des Klientels. Im Kontext der Anti-Kriminalitätskampagne bedeutet uneingeschränkte Macht die Lizenz zum Töten. Im Kontext der Kampagne gegen die Zeitarbeit heißt das, dass die Gewerkschaften schweigen sollen.

Dem Anschein nach akzeptieren viele Bürger diesen Tausch. Es gab keine massiven Proteste über das Ausmaß der außergerichtlichen Hinrichtungen im Rahmen der Anti-Drogen Kampagne. Dies kann als Indiz für die allgemeine Akzeptanz der Bevölkerung genommen werden. (Nicht zu vergessen, dass laut



»Heil Dir, Duterte! Unser ist der Erfolg.«  
An einer Hauptstraße in Metro Manila.

Foto: Niklas Reese, 2016

einer Umfrage von Pulse Asia im Juli 2016 91 Prozent der Filipinos Duterte ihr Vertrauen schenken.)

Das Ausbleiben von öffentlicher Entrüstung mag mehrere Gründe haben. Erstens wurden bislang weiten Teilen der Gesellschaft ökonomische Rechte und Sicherheit vorenthalten. Nun werden sie ihre Chance nutzen, selbst wenn das bedeutet, einen Pakt mit dem Teufel zu schließen. Zweitens ist das allgemeine Verständnis der Menschenrechte unter den einfachen Leuten sehr begrenzt – weder werden Menschenrechte als unhintergebar begriffen noch werden ökonomische Rechte und Menschenrechte miteinander in Verbindung gebracht.

Drittens ist der MAKABAYAN-Block, der bislang als traditioneller Verfechter der Menschenrechte (seit der Ära Marcos) auftrat, bisher diesbezüglich gegenüber dem Präsidenten sehr zurückhaltend. Dies könnte an ihrem Bündnis mit Duterte liegen und seinem Versprechen, Friedensverhandlungen mit der CPP-NPA-NDF zu führen. Viertens stammen die Opfer der außergerichtlichen Morde aus Familien, die zu arm sind, um Widerstand leisten zu können.

### Kritische Betrachtung

Die angemessene Herangehensweise an die Regierung Duterte sollte keine blinde Unterstützung oder pauschaler Widerspruch sein, sondern eine kritische Betrachtung der Regierung. Als Bürger/innen sollten wir »das Nützliche unterstützen« und »das Schädliche ablehnen«. Kritische Kooperation, Zusammenarbeit bei gleichzeitigem Widerstand, ist möglich und vielleicht sogar ratsam.

Es reicht nicht, für oder gegen Duterte zu sein. Wir müssen in der Lage sein, zu identifizieren, welche Prioritäten und Strategien der Regierung Duterte unterstützt werden sollten und welche verändert oder abgelehnt werden müssen. Und darüber sollten wir eine öffentliche Debatte führen.

Hinsichtlich Duterte müssen wir unsere eigene Entscheidung treffen. Bei der Beschäftigung mit Duterte müssen wir uns zugleich mit uns selbst beschäftigen: Sollen wir sein Angebot, für »Ordnung«, »Entwicklung« oder »Freiheit« zu sorgen, annehmen – auch wenn der Preis der Verlust von Menschenleben und der individuellen sowie kollektiven Freiheit ist? Ist dies wirklich ein notwendiger, unumgänglicher Deal?

Das Muster des vorherrschenden kollektiven politischen Verhaltens ist eindeutig: Unsere Entschlüsse und Handlungen kommen durch Frustration zustande. Im Jahr 2010 hat eine Mehrheit Benigno Aquino gewählt, aus Frustration über die Regierung von Gloria Macapagal-Arroyo. Dieses Jahr hat eine Mehrheit Duterte gewählt, weil sie frustriert waren von Aquino. Jetzt hat eine Mehrheit die drastischen Maßnahmen Dutertes akzeptiert, wiederum aus Frustration. Können wir dieses Muster nicht durchbrechen und uns ganz nüchtern damit beschäftigen, was unterstützt werden sollte, was verändert und was abgelehnt, anstatt weiterhin aus Frustration zu handeln?

Es ist offensichtlich, dass der anti-elitäre Stil Dutertes unterstützenswert ist und dass der politische Raum maximiert werden sollte. Auch ist es offensichtlich, dass das Angebot des Präsidenten, der Regierung eine Lizenz zum Töten auszustellen, um dafür für Sicherheit zu sorgen, abgelehnt werden sollte. So wie das Angebot, ökonomische Rechte zu gewähren, wenn im Austausch dafür alles andere geduldet wird. Es ist leicht erkennbar, mit welchen Mitteln die Regierung vorhat, ihren Teil des Abkommens zu sichern: durch die Ermächtigung (lies: Militarisierung) der Polizei.

Dies muss dem Präsidenten verdeutlicht werden: Seine Agenda mag zwar gut klingen, aber sie ist inakzeptabel. Duterte sollte überzeugt werden, dass ein Absehen von seinem militaristischen Führungsstil seine Effektivität als Anführer und seine Machtposition nicht notwendigerweise schwächen würde. Wir selbst müssen uns davon überzeugen.

Wenn Duterte seinen Stil nicht ändert und die Mehrheit ihm weiterhin uneingeschränkte Unterstützung zuspricht, während sich die Toten stapeln, werden wir uns inmitten eines Dilemmas wiederfinden. Woher könnte sich Widerstand formieren? Wer wird Widerstand leisten?

Sicherlich werden die traditionellen politischen Akteure keinen Widerstand leisten. Im Parlament fehlt eine breite politische Opposition, besonders im Unterhaus. (Im aktuellen Kongress hat die Mehrheit 251 Sitze, während 18 zu einer Minderheit gehören, die von der Mehrheit kontrolliert wird und nur 8 Repräsentanten als legitime Minderheit angesehen werden kann – die Red.) Im Senat werden wir nicht mehr als einige wenige, wenn auch gemäßigte, Stimmen des Widerstandes sehen (unter ihnen die ehemalige Justizministerin Leila de Lima und die ehemalige Abgeordnete der moderat linken Parteiliste Akbayan, Risa Hontiveros).

Duterte kann sich der Unterstützung der Legislative sicher sein und könnte sein militaristisches Vorgehen durch Gesetze absichern. In diesem Fall wäre die einzige Institution, die eingreifen könnte, die richterliche Aufsicht, doch die Richter müssten von Beschwerdeführern angerufen werden und werden daher wahrscheinlich zu keinen Schlüsselfiguren des Widerstands. Die Kommission für Menschenrechte (CHR) übt währenddessen ihr Mandat aus, in dem sie Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen nachgeht und sich selbst dazu positioniert, doch diese Bemühungen scheinen festgefahren. Die CHR soll die staatliche Verpflichtung, die Menschenrechte der Bevölkerung zu schützen, umsetzen. Aber wie soll das geschehen, wenn der Präsident selbst diese Verpflichtung nicht anerkennt?

Für die radikal linke Opposition wie den MAKABAYAN-Block und die CPP-NPA-NDF gilt, dass sie bei dem Thema Menschenrechte, infolge ihrer Regierungsbeteiligung und der Friedensverhandlungen, vorsichtig sein werden.

Besonders in den Gewerkschaften gibt es Anzeichen von Widerstand. Beispielsweise stellte sich die KMU gegen die Dutertes bei der Debatte um Arbeiterrechte in der Nakashin-Fabrik in Davao City. (Davao wird von Dutertes Tochter Sara regiert; ihr Stellvertreter ist wiederum ihr Bruder Paolo.)

Der Rest der Linken und der Zivilgesellschaft, besonders Frauengruppen, haben ebenfalls ihren Unmut geäußert. Doch wegen ihres fragmentierten Charakters haben sie es bisher nicht geschafft, ihre Unzufriedenheit auf eine breitere Grundlage zu stellen und einen breiten Dissens sichtbar zu machen.

Der Widerstand wird nicht von den etablierten und auch nicht von den randständigen, aber dennoch traditionellen, politischen Akteuren kommen. Er muss von unten kommen. Doch wer sind »die da unten«? Wer wird sie mobilisieren? Oder mobilisieren sie sich selbst? Wer wird sie von der Notwendigkeit zum Protest überzeugen? Oder werden sie selbst darauf kommen? Wie sollen sie davon überzeugt werden, dass Menschenrechte gemeinsame und nicht nur individuelle Freiheiten beinhalten und sie daher nicht verhandelbar sind? Oder wissen sie das bereits?

Ich habe darauf keine Antworten. Alles was ich sagen kann ist, dass Veränderung »von oben« nicht funktionieren wird. Ich weiß es, denn in den letzten Wochen fühlte ich mich trotz der zügellosen Tötungen seitens der Regierung Duterte im Namen der Sicherheit nicht sicher. Ich habe auch nicht den Eindruck, die Öffentlichkeit sei sicher. Haben Sie den Eindruck?



Korea Forum 2015 /// Doppelausgabe 15 Eur

## 38° und kein Ende in Sicht

Zur Teilung Koreas und Perspektiven ihrer Überwindung

Außerdem:

Spezial zum Yasukuni Schrein - Kang Su-Dol zum Mythos  
Park Chung Hee - Interview mit Hartmut Koschyk -  
Historischer Rückblick von Rainer Werning auf den Gwangju-  
Aufstand im Mai 1980 - Rüdiger Frank zum Aussenhandel  
Nordkoreas

Mit Bildern von Wenke Seemann und Florian Bong-Kil Grosse

Zu bestellen unter [www.koreaverband.de](http://www.koreaverband.de)  
oder per Mail an [mail@koreaverband.de](mailto:mail@koreaverband.de)

25 Jahre  
**KOREAVERBAND**

Rostocker Str. 33 10553 Berlin Tel. (030) 39 80 59 84  
[www.koreaverband.de](http://www.koreaverband.de)